

552733-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden – VgV Objektplanung
Gebäude – Neubau Betriebsgebäude Wasserwerk Leutkirch i.A.
OJ S 152/2026 10/08/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu - Hochbau

E-Mail: wettbewerb@kohlergrohe.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Objektplanung Gebäude – Neubau Betriebsgebäude Wasserwerk Leutkirch i.A.
Beschreibung: Die Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu plant den Neubau des Wasserwerks bestehend aus Verwaltung, Werkstätten und Fahrzeughalle. Derzeit befindet sich das Wasserwerk auf dem Gelände des Bauhofs an der Brühlstraße. Weil am derzeitigen Standort der Neubau eines Feuerwehrhauses geplant ist und der Bauhof daher an anderer Stelle (südlich der Kläranlage) neu gebaut wird, muss auch ein neuer Standort für das Wasserwerk gefunden werden. Hierzu wurde eine Standortuntersuchung vorgenommen. Der Standort Tautenhofer Straße nordöstlich des bestehenden Pumpwerks an der Rauns setzte sich im Gemeinderat durch, da die Erschließung (Strom, Wasser) bereits vorhanden ist. Auch die verkehrliche Anbindung / Erreichbarkeit und die betrieblichen Synergien an diesem Standort sind hoch. Entsprechend der Rückmeldung des LRA zur Bauvoranfrage muss der Abstand zur alten Schutzzone II des Brunnens eingehalten werden, demnach ist der Neubau entsprechend abzurücken. Der Standort Rauns bietet auch die Möglichkeit aufgrund der zentralen Lage im Versorgungsnetz sowie dem bestehenden Ersatzversorgungsbrunnen Rauns ein Blackoutkonzept bzw. eine netzgebundene Notversorgung für fast das komplette Gemeindegebiet von diesem Standort aus zu entwickeln. Durch die Stadt Leutkirch wurden bereits ein Raumkonzept sowie ein Entwurf erarbeitet, der noch bis einschließlich LPH 4 durch die Stadt weitergeführt wird. Es ist ein zweigeschossiges Verwaltungsgebäude mit Sozialeinrichtungen, Werkstätten und Lager geplant. Weiterhin sind ein Kaltlager für Rohre sowie eine Fahrzeughalle/Garagen vorgesehen. Die für den Betrieb essenziellen Fahrzeuge bzw. die wegen der Einsatzfähigkeit frostfrei stehen müssen (z. B. Tankanhänger) sollen dabei in der Durchfahrtshalle stehen (Hängerbetrieb, Rangierarbeiten, Beladung). Die restlichen Fahrzeuge können im Bereich Betriebshof überdacht abgestellt werden. Die BGF (R) beträgt ca. 1.900m², die BGF (S) ca. 335m² für Überdachungen. Für die Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. HOAI LPH 3 und 4 in Teilen, LPH 5-8+9 wird ein geeignetes Architekturbüro mit Erfahrung mit Gewerbebauten und im Bereich Holz- oder Holzhybridbau gesucht. In der LPH 3 wird die Mitwirkung bei der Kostenberechnung sowie der Technikintegration, sowie Unterstützung in der LPH 4 erwartet. Die Leistungen werden mit 3% v.H. vergütet. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. In der ersten Stufe werden die

Leistungsphasen 3 und 4 in Teilen, sowie 5-7 beauftragt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte 5.1. der Bekanntmachung und der angefügten Kurzinformation.

Kennung des Verfahrens: 7a78a00d-7c6e-4958-85cc-44cbfafec8fc

Interne Kennung: 1276.1

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Zusätzliche Informationen zum Teilnahmewettbewerb: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform einzureichen. Die Unterzeichnung erfolgt in Textform i.S.v. § 11 EU Abs. 4 VOB/A, § 126b BGB. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb sind mindestens 10 Tage vor Bewerbungsschluss über die Vergabeplattform zu stellen. Die -anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabeplattform unter dem angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Folgende Eigenerklärungen werden durch die Unterzeichnung der Mitglieder des Bewerberteams im Teilnahmeantrag bestätigt. Die entsprechenden Nachweise zur Erfüllung der Eignungskriterien können von den Bewerbenden jederzeit vorgelegt werden. Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung zu folgenden fakultativen Ausschlussgründen i.S.v. § 124 GWB, bei denen es im Ermessen der Vergabestelle steht, ob ein Bewerber/- in ausgeschlossen wird: Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt,

ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB) Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bestätigt wurde. Angaben zur Liquidation und Einstellung der Tätigkeit i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegt. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG). Eigenerklärung zu Verbot Beteiligung russischer Unternehmen gem. Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der jeweils geltenden Fassung (SanktionsVO) (nur von Bewerbern und von allen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft abzugeben). Eigenerklärung, dass das Unternehmen die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung erfüllt werden mit Blick auf: a) Befähigung zur Berufsausübung, b) die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen und durch Eigenerklärung) c) die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen). Die Vergabestelle behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/-innen /Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs.1 Nr. 4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber/-in auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV Objektplanung Gebäude - Neubau Betriebsgebäude Wasserwerk Leutkirch
Beschreibung: Die Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu plant den Neubau des Wasserwerks bestehend aus Verwaltung, Werkstätten und Fahrzeughalle. Da das Wasserwerk zur kritischen Infrastruktur zählt, ist prinzipiell eine Objektüberwachung vorgesehen, die kritischen Anlagenteile sind mit Schutzniveau RC4 auszustatten (Serverbereich sowie die Leitsystemrechner, die voraussichtlich an 2-3 Stellen in Büroräumen sein werden). Sofern es mit dem Schutzniveau RC4 kompatibel ist, soll das Gebäude in Holzhybridbauweise realisiert werden. Ein Lageplan ist der EU-Bekanntmachung in Anlage 03 beigelegt. Die

Vorentwurfspläne werden in der 2. Phase zur Verfügung gestellt. Ein Bodengutachten wird beauftragt. Einen Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung ist ebenfalls beauftragt. Für das Verwaltungsgebäude wird KfW-Effizienzhaus-Standard 40 angestrebt. Eine Photovoltaik Anlage (ca. 1200 m²) ist mitzuplanen, die Kosten für Anschaffung und Betrieb sind in den genannten Kosten nicht enthalten. Der Kostenrahmen beträgt 5,9 Mio. € brutto KG 200-700 (Stand 2026, ohne PV-Anlage), davon KG 300+400 ca. 4,0 Mio. €. Für die KG 500 ca. 350.000 €. Mit den Planungsleistungen soll unmittelbar nach Beauftragung begonnen werden. Eine Fertigstellung des Gebäudes wird bis Mitte 2029 angestrebt. Der gesamte Rückbau der bestehenden Gebäude und Anlagen am jetzigen Standort ist nicht Gegenstand dieser Ausschreibung. Parallel zum Neubau des Wasserwerks ist der Neubau des Bauhofes Leutkirch im Gewerbegebiet am Unteren Auenweg südlich der Kläranlage geplant. Diese Fachplanungsleistungen werden weitgehend zeitgleich ausgeschrieben mit den VgV-Verfahren für das Projekt „Neubau Bauhof“. Bewerbungen für beide Verfahren werden ausdrücklich begrüßt. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am Donnerstag, 26.11.2026 oder Fr.27.11.2026, oder Montag, 30.11.2026 statt. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte 2.1. der Bekanntmachung und der angefügten Kurzinformation. Interne Kennung: LOT-0001 E46873137

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Jeder Bewerber/-in und jedes Mitglied einer

Bewerbergemeinschaft und jede/r Nachunternehmer/in im Falle der Eignungslleihe müssen mit

dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung zur

durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeitenden im Bereich der zu vergebenden Leistungen in

den letzten drei Jahren. Insgesamt können max. 10% bzw. 50 mögliche Punkte erreicht werden. Als Mindestanforderung gelten min. 2,5 Mitarbeitende im Unternehmen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Es soll eine Erklärung über den Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren abgegeben werden. Insgesamt können max. 10% bzw. 50 mögliche Punkte erreicht werden. Als Mindestanforderung gelten min. 250.000€ Jahresumsatz im Mittel.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Insgesamt können max. 80% bzw. 400 mögliche Punkte erreicht werden. Jeder Bewerber/-in jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben. Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Es können 2 Referenzen gewertet werden. Referenz A ist zwingend erforderlich, Referenz B ist optional. In jeder Referenzkategorie kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind möglich. Darstellung auf einem Projektblatt im pdf-Format (max. 2 Seiten DIN A4): Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Gebäudes zum Nachweis der Realisierung. Es gelten die Kriterien in Bezug auf die Referenzen auch dann als erfüllt, wenn die jeweilige Referenz als Projektleiter/in in einem anderen Büro erbracht worden ist. In dem Fall ist eine schriftliche Bestätigung des anderen Büros über die verantwortliche Projektleitung mit einzureichen. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: max. 200 Punkte für Referenz A (40%), max. 200 Punkte für Referenz B (40%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Beschreibung der Referenzen für die Objektplanung Gebäude: Referenz A – zwingend: Thema Neubau eines Gewerbebaus mit gemischter Nutzung / Gewerbebaus mit Verwaltung. Für Referenz A gelten folgende Mindestanforderungen: - Nachweis eines realisierten Projekts Thema Neubau eines Gewerbebaus mit gemischter Nutzung, - Kosten der KG 300-400 brutto mind. 2 Mio €, - Leistungszeitraum 2016 –2026, in dem das Gebäude fertiggestellt wurde, - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 5-8). Für Referenz A gelten folgende Wertungskriterien: Insgesamt 5 Punkte: BGF (R): $\geq 1.500 \text{ m}^2$ 3 Pkt., $\geq 1000 < 1500 \text{ m}^2$ 2 Pkt., $\geq 500 < 1000 \text{ m}^2$ 1 Pkt., < 500 0 Pkt. Nutzungen: Wasserwerk 2 Pkt., Verwaltung und Halle 2 Pkt., 1 aus den 2 genannten Nutzungen 1 Pkt.

Referenz B - optional: Thema Neubau Holz- oder Holzhybridbau, Projekte für einen öffentlichen Auftraggeber werden höher bewertet. Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: - Nachweis eines realisierten Neubaus in Holz- oder Holzhybridbauweise, - Kosten der KG 300-400 brutto mind. 2 Mio €, - Leistungszeitraum 2016 –2026, in dem das Gebäude fertiggestellt wurde, - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 5-8). Für Referenz B gelten folgende Wertungskriterien: - Insgesamt 5 Punkte: - BGF (R): $\geq 1.000 \text{ m}^2$ 3 Pkt., $\geq 750 < 1000 \text{ m}^2$ 2 Pkt., $\geq 500 < 750 \text{ m}^2$ 1 Pkt., $< 500 \text{ m}^2$ 0 Pkt. - Öffentlicher Auftraggeber 2 Pkt. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Herkunftsstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Architekt/in zu führen. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Bewerbungsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten. Vergleichbare Qualifikationen sind ebenfalls zugelassen; der Nachweis der Gleichwertigkeit ist der Bewerbung beizufügen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung der Qualität in Projektleitung und Projektteam

Beschreibung: Die Vergabeentscheidung wird anhand folgender Zuschlagskriterien getroffen, deren Bewertung in Anlage 04 in Phase 2 näher erläutert wird.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung der Qualität in Referenzen und in der Vorgehensweise der Projektleitung

Beschreibung: Die Vergabeentscheidung wird anhand folgender Zuschlagskriterien getroffen, deren Bewertung in Anlage 04 in Phase 2 näher erläutert wird.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung der Qualität im Projektmanagement

Beschreibung: Die Vergabeentscheidung wird anhand folgender Zuschlagskriterien getroffen, deren Bewertung in Anlage 04 in Phase 2 näher erläutert wird.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung der Kompetenz im Verhandlungsgespräch

Beschreibung: Die Vergabeentscheidung wird anhand folgender Zuschlagskriterien getroffen, deren Bewertung in Anlage 04 in Phase 2 näher erläutert wird.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Die Punkteermittlung des Angebots erfolgt auf Basis der vom Bieter im Angebotsformular (Anlage 04, Phase2) gemachten Angaben und der daraus resultierenden Brutto-Gesamthonorarsumme nach den folgenden Rechenschritten: Das Honorarangebot mit der niedrigsten Gesamtsumme erhält bei Zuschlagskriterium Honorar die höchstmögliche Punktzahl. Alle anderen Honorarangebote werden proportional dazu bewertet.

Beschreibung: Die Vergabeentscheidung wird anhand folgender Zuschlagskriterien getroffen, deren Bewertung in Anlage 04 in Phase 2 näher erläutert wird.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E46873137>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E46873137>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/09/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter/-in benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer/-in - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/-in/ jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und für jeden Nachunternehmer/-in muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstante abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das deutsche Vergaberecht regelt die Frist für die Einlegung von Rechtsbehelfen in §160 Absatz 3 GWB wie folgt: Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuung

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Große Kreisstadt Leutkirch im Allgäu - Hochbau

Registrierungsnummer: DE147354285

Postanschrift: Marktstr. 26

Stadt: Leutkirch

Postleitzahl: 88299

Land, Gliederung (NUTS): Ravensburg (DE148)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Stadt Leutkirch, Herr Markus Vesper und Simone Bohsung, kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer

E-Mail: wettbewerb@kohlergrohe.de

Telefon: +49 711 76963932

Internetadresse: <https://www.leutkirch.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuung

Registrierungsnummer: DE227280524

Postanschrift: Löffelstraße 4

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70597

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6d514dd4-cc00-40c8-b7f5-c26824492f35 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/08/2026 14:27:47 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 552733-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 152/2026
Datum der Veröffentlichung: 10/08/2026